



Gemeinsam für Sicherheit im öffentlichen Raum

Nur ein starker DGB mit allen seinen Mitgliedern kann etwas gegen Gewalt gegenüber Beschäftigten tun!

Gewalt gegen Beschäftigte, vor allem im öffentlichen Raum, nimmt zu. Das ist ein gesamtgesellschaftliches Problem und allein durch die Gewerkschaften nicht zu lösen. Wir sehen aber den DGB mit allen acht Einzelgewerkschaften als einen starken Akteur in dieser Frage. Aber nur ein geeinter DGB, in dem sich alle Mitgliedsgewerkschaften aufgehoben fühlen, kann diese Rolle auch ausfüllen. Daher rufen wir dazu auf, den Dialog zu suchen und sind bereit, an einer klaren und lauten Stimme des DGB gegen Gewalt mitzuwirken.

Die Gewalt gegen Beschäftigte hat in den vergangenen Jahren massiv zugenommen und davon sind viele unterschiedliche Bereiche betroffen. Betroffen sind davon insbesondere diejenigen, die im öffentlichen Raum arbeiten - und damit meinen wir alle, die für Sicherheit, Ordnung und öffentliche Dienstleistungen sorgen. Die Gründe dafür sind vielseitig: Die Erosion des gesellschaftlichen Zusammenhalts und sozialer Bindungen haben einen großen Anteil daran. Dies geht einher mit dem sozialen Abstieg vieler Menschen und der Angst breiter Schichten der Bevölkerung davor. Diese Entwicklung vergiftet das politische Klima. Auch fehlt es oft an Zivilcourage. Leidtragende von Gewaltakten sind zunehmend unsere Kolleginnen und Kollegen in den Verkehrsbetrieben, aber auch jene bei der Polizei, der Feuerwehr und den Rettungskräften einschließlich der Ehrenamtlichen, die im öffentlichen Raum arbeiten.

Jeder Angriff auf Beschäftigte ist auch ein Angriff auf die gesamte Gesellschaft. Die Vielseitigkeit dieses Problems „öffentliche Gewalt“ zeigt deutlich die Notwendigkeit einer breiten gesamtgesellschaftlichen Betrachtung. Dazu braucht es als wichtigen Akteur einen starken DGB, der alle Beschäftigtengruppen repräsentiert. Die Gewerkschaft der Polizei gehört für uns selbstverständlich dazu.



Gemeinsames Ziel muss es sein, allen Beschäftigten ein möglichst gewaltfreies und respektvolles Arbeitsumfeld zu ermöglichen, insbesondere denen, die im öffentlichen Raum tätig sind.

Ein gesellschaftliches Problem kann nicht allein gewerkschaftlich gelöst werden. Daher sollen die Positionen und Forderungen innerhalb des DGB zusammen mit der Zivilgesellschaft gebündelt und gegenüber der Politik deutlich artikuliert werden.

Zu den konkreten Lösungsansätzen im Zusammenhang mit der zunehmenden Gewalt gegen Beschäftigte zählen wir unter anderem die bessere personelle und technische Ausstattung der Polizeibehörden, Feuerwehren und Rettungskräfte. Für den Verkehrsbereich fordern wir, dass Sicherheitsleistungen in die Ausschreibungsbedingungen im SPNV und ÖPNV aufgenommen werden und die Unternehmen mehr für den Schutz ihrer Beschäftigten tun.

Auch die jüngste Gesetzesänderung im § 114 StGB („Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuchs – Stärkung des Schutzes von Vollstreckungsbeamten und Rettungskräften“) ist eine Antwort auf die zunehmende Gewalt speziell gegen Vollstreckungsbeamtinnen und -beamten von Polizei, Feuerwehr und gegen Rettungskräfte als Repräsentanten des Staates. Argumentiert wird unter anderem, dass sich normale Bürgerinnen und Bürger einfacher einer kritischen Situation entziehen können, Einsatzkräfte jedoch nicht und diesem Unterschied Rechnung getragen wurde.

Dies trifft jedoch auch auf andere Beschäftigte im öffentlichen Raum zu – insbesondere auf unsere Kolleginnen und Kollegen in den Verkehrsbetrieben. Daher ist eine Ausweitung auf Beschäftigte im öffentlichen Raum bzw. ein besserer gesetzlicher Schutz anzustreben.

Gleichzeitig muss aber auch beobachtet und verhindert werden, dass Regelungen missbraucht werden, um beispielsweise gewaltfreien zivilen Ungehorsam zu kriminalisieren. Messlatte für uns und die Kolleginnen und Kollegen im Deutschen Gewerkschaftsbund bleibt Gewaltfreiheit – das gilt auch für zivilen Ungehorsam.

All dies sollte innerhalb eines breiten Diskussionsprozesses betrachtet werden. Diese Diskussion um zunehmende Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Raum wird auch im DGB weitergehen müssen. Daran müssen sich alle beteiligen und wir brauchen hierzu insbesondere auch die Expertise der Kolleginnen und Kollegen der Gewerkschaft der Polizei (GdP). Nur so kann eine ausgewogene Positionierung gelingen, die allen Interessen bestmöglich Rechnung trägt.



Die Gewerkschaftsbewegung musste im vergangenen Jahrhundert viel Gewalt gegen sich ertragen und unsere Antwort darauf ist bis heute der gewaltfreie Protest und die Solidarität der Arbeiterinnen und Arbeiter, Angestellten, Beamtinnen und Beamten sowie der Nachwuchskräfte. Daher werden wir in einem demokratischen System niemals Gewalt als legitimes Mittel zur Durchsetzung der Interessen unserer Mitglieder ansehen und nie zur Gewaltanwendung aufrufen.

Die Kolleginnen und Kollegen der polizeilichen Behörden tragen dazu bei, die im Grundgesetz verankerte Versammlungs- und Meinungsfreiheit durchzusetzen. Dabei kann es dazu kommen, dass Aktionen oder Veranstaltungen, an denen sich die EVG bzw. unsere Mitglieder beteiligen, aufgelöst werden. Auch auf solche Maßnahmen reagieren wir friedlich und ohne Gewalt.

Im Verlauf der letzten Monate, und mit dem vorgenannten thematisch verbunden, entwickelte sich auf regionaler Ebene eine Diskussion um die Nutzung von DGB-Räumen. Hintergrund waren Raumvergaben an Gruppen und Organisationen, die Gewalt zur Durchsetzung ihrer Positionen akzeptieren. Das werden der DGB und seine Einzelgewerkschaften nicht weiter dulden. Die EVG unterstützt diese Position wie folgt:

Der DGB soll die Diskussion unterschiedlicher Sichtweisen ermöglichen. Innerhalb des DGB ist es wichtig, dass die unterschiedlichen Positionen der Mitgliedsgewerkschaften ausgetauscht werden können und es Raum zur Meinungsbildung gibt. In diesem Rahmen ist kein Platz für nicht-gewerkschaftliche Organisationen, die dieses Selbstverständnis missachten oder gegen die beschriebenen Grundsätze des DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften handeln bzw. handeln wollen.

Die friedliche inhaltliche Auseinandersetzung ist nicht Schwäche, sondern Stärke der Einheitsgewerkschaft – des DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften. Ein starker DGB kann effektiv gegen zunehmende Gewalt und insbesondere gegen Gewalt an Beschäftigten auftreten.

Was wir als EVG tun können, werden wir tun – auf zentraler Ebene und vor Ort. Vor diesem Hintergrund rufen wir alle unsere EVG-Gremien zum inhaltlichen Diskurs im DGB und mit allen Mitgliedsgewerkschaften auf.